

Der Briefetal-Bote erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 RM. zuzüglich Postgebühren. Die einzelne Nummer kostet 10 Pfennig.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhofstraße 5 und von allen Anzeigen-Expeditionen angenommen. Die neuangekommene Beilage kostet 25 Pfennig, die Reflektierte 1 RM.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für Bergfelde, Schönfließ Frohnau, Summt und Umgegend

Fernsprecher: Amt Birkenwerder 2005

Telegr.-Adr.: Briefetalbote Birkenwerder

Amtsblatt für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ.

Nr. 187

Fernsprecher Amt Birkenwerder 2005

Donnerstag, den 27. November 1930

Postfachkonto Berlin 62 448

29. Jahrg

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Die Reinigung der Bürgersteige und Rinnsteine läßt wieder zu wünschen übrig. Vor einigen Grundstücken lagert noch Laub. Den Grundstücksbesitzern mache ich es zur Pflicht, für hässliche Einkerkerung Sorge zu tragen und die Bürgersteige bei Schneefall und Glatteis unverzüglich zu reinigen bzw. mit abstumpfen Stoffen zu bestreuen. Höhe und Richtung dürfen hierzu nicht verwendet werden.

Ich weise besonders darauf hin, daß für etwaige Unfälle, die durch Unterlassung der Pflicht entstehen, die Grundstücksbesitzer ersatzpflichtig sind.

Auf dem Grundstück des Gustav Siwert in Lehnitz, Moltkestraße 34-36, sind Fußgänger und Selbstschüsse angebracht. Vor Annäherung wird gewarnt.

Birkenwerder, den 26. November 1930.

Der Amtsvorsteher. Blank.

Der Gemeindevorsteher Bergfelde.

Volksbühnen.

Die Zeiten der Bühnenaussagen werden hiermit verlegt. Die Ausgabe findet während des Winterhalbjahres (bis zum 31. März 1931) an jedem Freitag von 1/6 bis 1/8 Uhr abends statt.

Bergfelde, den 26. November 1930.

Der k. Gemeindevorsteher. Czekowski.

Strom-Unterbrechung in Bergfelde.

Am Donnerstag, dem 27. November d. Js. wird die Stromlieferung in Bergfelde von morgens 8 bis nachmittags 4 Uhr gesperrt. Zu dieser Zeit werden die Kabelverbindungen der neuen Transformatoranlage für den Ortsteil Heideplan hergestellt.

Elektrizitäts- und Wasserwerk Birkenwerder
O. m. b. H.

Länderkrieg gegen das Reich

Im Verfassungsrechtsstreit um den Reichsbahnverwaltungsrat.

Leipzig, 25. November.

In der Verfassungsrechtsstreitfrage zwischen dem Reich und den Ländern Baden, Bayern, Sachsen und Württemberg um die Benennung von Verwaltungsratsmitgliedern für die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich den Antrag des Reiches abgewiesen und dahin entschieden, daß auf Grund der zur Auslegung des Staatsvertrages über den Leber, der Staatseisenbahnen auf das Reich vom 30. April 1920 abgegebenen Erklärung die Länder Baden, Bayern, Sachsen und Württemberg das Recht haben, je ein Mitglied des Verwaltungsrats der Reichsbahngesellschaft zu benennen.

An der Begründung der Entscheidung wird u. a. ausgeführt: Die Reichregierung hat zur Zeit über 18 Sätze zu verfügen. Rednet man davon den Preußen zugeprochenen Sätzen ab und selbst weitere vier für die Vorzugsaktionäre, obwohl der Übergang der Sätze an diese jedenfalls nicht in absehbarer Zeit zu erwarten ist, so verbleiben doch dem Reich zur Besetzung immer noch 13 Sätze. Warum das Reich von diesen nicht vier an die vier streitenden Länder abgeben könnte, ist nicht einzusehen. Es kann auch nicht anerkannt werden, daß der Einzug von Ländervertretern in den Verwaltungsrat dessen Aufbau fördern oder die Länderinteressen in den Vordergrund schieben würde. Es liegt keinerlei Anhalt dafür vor, daß die Ländervertreter nicht ebenso ihr Amt im Sinne des Wohles des ganzen Volkes ausüben würden, wie dies die von der Reichregierung ernannten Vertreter tun.

Unterjochung des Alsdorfer Anglücks

Alsdorf, 25. November.

Der Unfallsauschuß der Grubenversicherungskommission auf der Grube Anna II in Alsdorf ist erneut zusammengetreten. Er nahm zunächst eine neue Besichtigung der haben, der Stützungen und der Umgebung des Schachtes vor, um in eine ernste Prüfung der in den letzten Tagen in der Presse aufgeworfenen Frage eines Eindringens von benzolhaltigen Wässern in die oberen Teile des Euhardtschachtes einzutreten. Es wurden zu diesem Zweck an verschiedenen Stellen von den Schmutzwässern sowie von den durch die Verhalsen filtrierten und gefärbten Wässern Proben genommen, deren sofortige chemische Untersuchung veranlaßt wurde. Bei den eingehenden Beratungen konnte der Explosionsgefahr bisher noch nicht festgestellt werden; da unter dem Bruch der östlichen Richtstrecke der 360-Meter-Sohle bisher erst ein Teil des Kohlenzuges freigelegt werden konnte, vor dem die noch fehlende Benzolmotive voraussichtlich noch stehen wird, konnte natürlich über den Zustand dieser Lokomotive noch nichts ermittelt werden. Die weiteren Aufklärungsarbeiten untertage sind von allen Seiten im Gange. Auch die Aufklärungsarbeiten ober Tage werden unter der Aufsicht der Bergbehörde weiterbetrieben, sind jedoch noch nicht so weit fortgeschritten, daß eine reflexlose Klärung der Frage möglich ist, ob der Explosionsherd ober- oder untertage zu suchen ist.

Zuspitzung der Lage

Der Kanzler drängt in seinen Besprechungen mit den Parteiführern auf baldige Klärung der Stellungnahme ihrer Parteien zu dem Regierungsprogramm. In acht Tagen wird der Reichstag zusammentreten, um sich mit dem Gehegungswert der Regierung zum Finanz- und Wirtschaftsprogramm zu beschäftigen. Dr. Brüning will jedoch schon vor dem Zusammentritt des Reichstages verbindende Erklärungen der Parteien, wie sie sich zu den einzelnen Gehegungswerten stellen. Sollte sich ergeben, daß eine Mehrheit zu den Grundzügen der gehegungswerten Maßnahmen der Regierung in wichtigen Punkten nicht zu erreichen ist, dann scheint der Kanzler entschlossen zu sein, diese Gehegungswerte auch ohne Parlament zur Durchführung zu bringen. Der Kanzler hat den einzelnen Parteivertretern eingehend die Gründe auseinandergesetzt, die ihn zwingen, vom Reichstag eine schnelle und positive Entscheidung zu verlangen. Er hat sich dabei entschieden gegen Veränderungen der Gehegungsvorlagen ausgesprochen, soweit sie das Ziel und dem Charakter der Vorlagen im Gesamtprogramm des Regierungsprogramms verfehlen. Nach den bisherigen Besprechungen haben sich dabei sowohl Schwierigkeiten mit der Sozialdemokratie wie auch mit der Wirtschaftspartei ergeben, die letztere veranlaßt, der Regierung Brüning die Gefolgschaft zu kündigen und ihren ministeriellen Vertreter, den Reichsjustizminister Dr. Bredt, aus dem Kabinett zurückzuziehen.

Es hat niemals ein Zweifel darüber bestanden, daß die Regierung Brüning weder koalitionsgebunden ist, noch nach ihrer Zusammenlegung eine parlamentarische Mehrheit besitzt. Deshalb ändert der Beschluß der Wirtschaftspartei formell und tatsächlich die Lage des Kabinetts Brüning nicht. Der Kanzler hat mehrfach erklärt, daß er nicht beabsichtigt, koalitionsmäßig eine Mehrheit im Reichstag zu besitzen, sondern eine sachliche Mitarbeit aller politisch zu Reich und Wirtschaft eingestellten Kräfte erstrebt. Die Differenzen, die sich nach den jüngsten Mitteilungen zwischen Kanzler und Sozialdemokratie ergeben haben, können allerdings den Kanzler veranlassen, von seiner bisher vertretenen Ansicht, das Gehegungswert auf dem koordinierten parlamentarischen Weg zur Erledigung zu bringen, abzugehen. Eine endgültige Entscheidung darüber hat er noch nicht getroffen. Es sieht aber nicht so aus, als ob er seine bisherige Arbeit durch einen sachlich unbegründeten Mehrheitsbeschluß des Reichstages in Gefahr bringen lassen wird. Wahrscheinlicher ist, daß der Kanzler sich vom Reichspräsidenten die Ermächtigung geben ließe, die von ihm als lebensnotwendig für Reich und Wirtschaft angesehenen Gehegungsvorlagen durch Notverordnung in Kraft zu setzen.

Verhinderlich ist in politischen Kreisen die Frage aufgeworfen worden, ob die Reichsregierung verfassungsrechtlich in der Lage ist, auch die Gehegungsvorlagen sändernden Charakters - und das sind eine ganze Reihe, die sich auf die Finanzgehegung beziehen - mit Hilfe einer Notverordnung auf Grund des Artikels 48 in Kraft zu setzen. Nach Auffassung der zuständigen Stellen, ist diese Frage unter allen Umständen zu bejahen, sofern es sich um Gehegung handelt, die erlassen werden, um einen Notstand oder eine Gefahr für das Reich zu beseitigen. Dieser Weg erscheint für die Regierung um so notwendiger, nachdem sich gezeigt hat, daß in vielen Fällen jenseit eine einfache Mehrheit nicht zu erreichen sein wird, daß aber von dem Zustandekommen einer Zweidrittelmehrheit für die Gehegungsvorlagen sändernden Charakters wohl überhaupt nicht die Rede sein kann.

Parteien und Regierungsprogramm

Regierungsprogramm ohne Parlament?

Berlin, 26. November.

Der Kanzler setzte im Laufe des Dienstag seine Besprechungen mit den Vertretern der übrigen Parteien fort. Er hofft, diese Verhandlungen bis Donnerstag zum Abschluß zu bringen, so daß sich für ihn dann eine vollständig geklärte Lage über die Stellungnahme der Partei ergibt. Erst dann wird er sich darüber entscheiden, auf welchem Wege die Inkraftsetzung des Finanz- und Wirtschaftsprogramms erfolgen kann.

Untarbare Abänderungsvorderungen der Sozialdemokraten

An der Besprechung des Reichskanzlers mit den sozialdemokratischen Führern nahmen die Abgeordneten Müller, Franken, Dr. Breitscheid, Dr. Hilferding und Dr. Herzig teil. In mehrstündigen Verhandlungen wurden die Abänderungswünsche der Sozialdemokraten zu den Notverordnungen eingehend besprochen.

Ihre endgültige Stellung zu dem Gesamtprogramm will die Sozialdemokratie davon abhängig machen, wie weit ihre Abänderungswünsche Verwirklichung finden.

Zentrum hinter Brüning

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hielt am Dienstag eine Sitzung ab, in der zunächst alle vom Fraktionsvorsitz in der Parlamentsspaule unternommen Schritte und Maßnahmen einmütig gebilligt wurden. Weiter beschäftigte sich die Fraktion mit einer Reihe von Anträgen wirtschafts- und kulturpolitischer Art. Diese Anträge betreffen die Preis- und Gehaltsentwertung und die Beschäftigung ausländischer Arbeiter. Die Regierung wird ersucht, die vom Gehegungswert der Gehegungswerte in öffentlichen und privaten Institutionen, Organisationen und Körperschaften durch geeignete Maßnahmen in angemessener Weise zu senken. Sie wird weiter gebeten, darauf Bedacht zu nehmen, daß die Wohnentwertungen zeitlich mit einer wirksamen Preisentwertung verknüpft werden.

Christlich-soziale Abänderungswünsche
Der Christlich-Soziale Volksdienst verlangt, wie in einer Fraktionsführung festgestellt wurde, nicht die vollständige Aufhebung der Notverordnung, hat aber, wie wir hören, einige Abänderungswünsche. Er wendet sich vor allem gegen die bei den Krankentafeln neu eingeführten Krankenschein- und Rezeptgebühren. In steuerlicher Beziehung ist der Christlich-Soziale Volksdienst ein Gegner der Verzehrssteuer, während er einer an der Quelle erhobenen verstärkten Biersteuer zustimmen würde. Die Wünsche der Fraktion gehen weiter auf eine sozialere Gestaltung und Staffierung der Bürgersteuer hin.

Minister Bredt zurückgetreten

Wirtschaftspartei gegen Anlehnung an Sozialdemokratie

Die politische und parlamentarische Lage hat sich seit Dienstag weiter zuspitzt. Noch bevor die Besprechungen des Kanzlers mit dem Vertreter der Fraktionen zum Abschluß gebracht worden sind, hat der Reichsparteiauschuß der Wirtschaftspartei nach eingehender Besprechung drei grundsätzliche Beschlüsse gefaßt, die eine vollständige Auflösung von der bisherigen Regierungskoalition bedeuten:

Verweigerung weiterer Unterstützung der Regierung Brüning, Zurückziehung ihres ministeriellen Vertreters im Kabinett, Dr. Bredt, aus der Regierung und Stellungnahme gegen Dr. Wirth in dem Konflikt Reich-Thüringen.

Damit geht die Wirtschaftspartei zur ausgesprochenen Opposition über. Sie hat ihre Entscheidung durch folgende parteiinterne Beratungen der Öffentlichkeit bekanntgegeben:

Bereits am 26. September 1930 hat der Reichsausschuß beschlossen, daß sich die Wirtschaftspartei an keiner Regierung im Reich beteiligen, auf welche die Sozialdemokratie unmittelbar oder mittelbar Einfluß ausübt. Die Ereignisse der letzten Zeit beweisen aber, daß die Regierung Brüning ihre Politik in Anlehnung an die Sozialdemokratie unter Preisgabe lebenswichtiger Interessen des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft durchzuführen versucht. Nach Ansicht der Wirtschaftspartei können auf diesem Wege die großen Lebensprobleme des deutschen Volkes in der Innen- und Außenpolitik nicht gelöst werden. Infolgedessen lehnt die Wirtschaftspartei die weitere Unterstützung des Kabinetts Brüning ab.

Es wird ausdrücklich hervorgehoben, daß dieser Beschluß einstimmig und im Einvernehmen mit dem Reichsjustizminister Prof. Dr. Bredt erfolgt ist. Minister Bredt, der sich krankheitsbedingt in Marburg aufhält, hat unmittelbar darauf dem Reichskanzler sein Rücktrittsgesuch übermittelt, das bereits Dienstagmittag in der Reichstagskammer vorlag.

Ferner hat sich der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei bei seinen Beratungen über die weitere Einstellung der Partei zum Kabinett Brüning auch mit dem



Netteleburg unter Wasser.

Die Siedlung Netteleburg bei Bergedorf, unweit von Hamburg, ist vollkommen vom Hochwasser überflutet worden. An einer Kanalbauweise ist der Deich in einer Länge von 20 Metern eingestürzt, und dann strömte das Wasser unaufhörlich in den Ort und überschwemmte Straßen und Plätze.

H. B. z. eine überschwemmte Straße in Netteleburg.